

Erschienen in: Freitag 50 vom 6. Dezember 2002

Mohssen Massarrat
23./24.11.2002

Worauf wartet Europa?

George W. Bush hat sich am 8. November 2002 im UN-Sicherheitsrat weitgehend durchgesetzt. Die Vorbereitungen für den Irak-Feldzug werden intensiviert, die US-Armada wird Woche für Woche ein Stück näher an den Kriegsschauplatz herangerückt und der US-Präsident wird fortan seine Drohungen gegen das irakische Regime bei jeder Gelegenheit, wie gerade in Prag, Moskau und Bukarest, und öffentlichkeitswirksam wiederholen. Das gehört mit zur psychologischen Kriegsvorbereitung, nicht zuletzt auch an die Adresse der Europäer: diese sollten endlich zur Kenntnis nehmen, ab sofort bestimmt der US-Präsident den Lauf der Dinge, nicht der UN-Sicherheitsrat und auch nicht die Waffeninspektoren. Angesichts der harten Bedingungen dürfte es nicht schwer fallen, Saddam Hussein in den nächsten Wochen und Monaten als den unverbesserlichen Schurken vorzuführen und dann mit den durch den Sicherheitsrat gedeckten "ernsthaften Konsequenzen" sofort zu beginnen. Frankreichs Zweistufenplan könnte das erste Opfer einer am Vorabend von Kriegshandlungen geschickt geschürten Hysterie werden.

Geostrategen, Hardliner im Pentagon, der US militärindustrielle Komplex, die Ölindustrie und deren Mann, George W. Bush, sie alle wollen einen Regimewechsel im Irak, sie wollen den Krieg und haben sich auch darauf eingerichtet, nach dem Sieg für längere Zeit im Irak, dem geostrategisch neuralgischen Standort einer Region zu bleiben, die für die Vereinigten Staaten von vitalem Interesse ist. Worin bestehen aber diese US-Interessen:

Erstens sitzt die US-Ökonomie mehr als jede andere Volkswirtschaft in der Ölfalle. Billigöl gilt als Lebenselixier des American way of life. Die Angst, durch eine Ölverknappung und Preiserhöhung überrascht zu werden, sitzt daher allen US-Regierungen tief in den Knochen. Nicht ohne Grund setzten alle US-Regierungen seit der ersten Ölkrise alles daran, eine Ölverknappung zu verhindern. Durch einen Regimewechsel im Irak könnte dessen Ölangebot rasch um 200-250 % erhöht werden. *Zweitens* sparen energieintensive Volkswirtschaften bei niedrigen Ölpreisen beträchtliche Summen an Energiekosten ein. Bei einer Preisdifferenz von z. B. 10 Dollar je Barrel Öl sparen die Vereinigten Staaten bei einem Verbrauch fossiler Energien (Öl, Kohle, Erdgas) von ca. 15 Mrd. Barrel Öläquivalent jährlich 150 Mrd. US-Dollar. Die Wahrscheinlichkeit einer erneuten Ölpreissenkung auf 15 Dollar/Barrel wie nach dem zweiten Golfkrieg in den neunziger Jahren ist sehr hoch. Die geschätzten Kriegskosten von 200-300 Mrd. US-Dollar würden so in Kürze amortisiert. Nicht nur der Ölpreis, sondern die gesamte OPEC geriete nach Saddam Hussein unter Druck. So verlöre vor allem Saudi Arabien seine Schlüsselrolle und würde sich stärker als bisher dem Öldiktat der US-Regierungen unterwerfen. *Drittens* geht es um die direkte Kontrolle der wichtigsten Ölquellen der Welt als hegemonialpolitisches Instrument nicht nur gegenüber China, sondern auch gegenüber den eigenen Verbündeten, der EU, natürlich auch Deutschland und Japan.

Alle diese Ziele können die USA um so leichter erreichen, je mehr Ölstaaten sie direkt, möglichst auch militärisch, beherrschen. Durch einen Regimewechsel im Irak wären die Vereinigten Staaten in allen Ländern mit Ölquellen und Transportrouten am Persischen Golf und dem Kaspischen Meer - mit Ausnahme des Iran - militärisch präsent. In diesem sich vor unsern Augen abspielenden Szenario soll der Rest der Welt, vor allem Europa, die Rolle des hilflosen Zuschauers zugewiesen werden. Zu befürchten ist jedoch, dass Europa sich tatsächlich in diese Rolle fügt, zumal die Perspektive sinkender Ölpreise nach Saddam Hussein auch für manch europäische Regierung nur allzu verlockend ist, den US-Krieg letztlich doch hinzunehmen. Derart kurzsichtiges Denken verbaut Europa alle Möglichkeiten, aus der Falle der amerikanischen Hegemonialpolitik herauszukommen. Noch gravierender für die Zukunft Europas sind die Fesseln der militärischen Logik, die nur den verhängnisvollen Trugschluss zulässt, dass Amerika Alles und Europas Nichts ist.

Die politische Klasse der Vereinigten Staaten kann sich der fantastischen Macht und des Überlegenheitsgefühls jedoch solange sicher sein wie die Amerikaner in ihrer Mehrzahl Krieg als Mittel der Aussenpolitik gutheissen. Würde diese Legitimation aber entfallen, wäre das ganze Militärarsenal der einzigen Supermacht nichts mehr als unnützes Zeug, totes Material. Genau in dieser Binsenwahrheit steckt die Chance der schwächeren Akteure der Weltpolitik, durch politische Initiativen zum rechten Zeitpunkt moralische Macht und Handlungsstärke zu gewinnen. Es sei in Erinnerung gerufen: das kleine Norwegen hat 1993 den Nahost-Friedensprozess durch Geheimverhandlungen mit Israelis und Palästinensern in Gang gebracht und das ursprünglich ohne Wissen der USA. Kanzler Schröder hat durch sein klares Nein zum Irak-Krieg den besonnenen Kräften in den USA den Rücken gestärkt, die in Gang gekommene Dynamik gegen die Kriegspläne der US-Führung hätte aber eine breitere Unterstützung aus Europa verdient, um diese stoppen zu können.

Tatsächlich verfügt Europa, entledigte man sich der Fesseln militärischer Denkschablonen, auch jetzt über ein erhebliches Handlungspotential, das moralische Macht erzeugen kann. Dazu reicht es jedoch nicht aus, sich am US-Krieg nicht "aktiv" zu beteiligen. Es reicht auch nicht aus, der US-Regierung Fragen zu stellen, wie ein Chaos nach Saddam Hussein zu verhindern wäre. Solche Fragen verhindern den Krieg nicht, sie liefern eher die Legitimation für ein Verbleiben der USA im Irak, die ohnehin die Absicht verfolgen, den direkten Zugang zu den irakischen Ölquellen zu erlangen. Es kommt jetzt darauf an, die sich anbahnenden Szenarien als eine Chance für eine eigenständige europäische Friedenspolitik zu begreifen und vielleicht sogar auch den Krieg zu verhindern:

Liesse sich Saddam Hussein tatsächlich ohne Wenn und Aber auf alle Bedingungen der Sicherheitsrats-Resolution 1441 ein, gäbe er also freizügig und zweifelsfrei alle Informationen über die eigenen Massenvernichtungsmittel und die übrigen Waffenprogramme preis, lieferte er dem wachsamem US-Präsidenten unter keinen Umständen einen Vorwand zur Nichtbefolgung der Resolution und erklärte er sich auch zur Abrüstung der Massenvernichtungsmittel - sofern es sie tatsächlich geben sollte - bereit, das alles, um das eigene Regime zu retten, dann wäre es mehr als angebracht, die Forderung nach dem Abbau der israelischen Massenvernichtungsmittel sofort auf die friedenspolitische Agenda zu setzen. Nicht nur, dass ein dauerhafter Nahost-Frieden ohne den Abbau der israelischen Bedrohungspotentiale ohnehin unvorstellbar ist, nur so kann auch eine erneute Demütigung der Araber, können neue Saddam Husseins und unkalkulierbare

Reaktionen aus der islamisch-arabischen Welt verhindert werden. Präsident Bush ist allerdings der letzte, der zu diesem Schritt bereit wäre. Genau deshalb schläge die Stunde der Europäer für eine historische Nahost-Friedensinitiative im Rahmen der regionalen Sicherheit und Kooperation für eine, sagen wir, Nahost KSZ, natürlich mit internationalen Sicherheitsgarantien für Israel.

Auch unabhängig von diesem, offen gestanden, sehr optimistischen Szenario hat Europa die Möglichkeit, die Kriegsstrategie des US-Präsidenten, bei einer zu erwartenden Eskalation im Irak, durch eine Initiative zur Umsetzung des französischen Zweistufenplans zu durchkreuzen. Eine derartige Initiative ist ohnehin dringend erforderlich und auch moralisch weltweit akzeptanzfähig, um dem UN-Sicherheitsrat die Zuständigkeit für das weitere Geschehen zurückzugeben, die ihm durch den massiven Druck der USA und das opportunistische Verhalten der übrigen Atomkräfte de facto genommen worden ist.

Wo ist aber dieses Europa, das diese Möglichkeiten einer eigenen Aussen- und Friedenspolitik geschickt zu nutzen weiss? Grossbritannien verfolgt aussenpolitisch ausschliesslich "nationale" Interessen und diese am besten als militärisches Anhängsel der Vereinigten Staaten. Frankreich hat sich durch den sanften Rückzieher im Sicherheitsrat ausmanövrieren lassen. Günstiger sind die Voraussetzungen für alle anderen europäischen Staaten, die den US-Krieg nicht unterstützen bzw. ablehnen. Dazu gehören die skandinavischen Länder, die Benelux-Staaten, Österreich, die Schweiz und die Bundesrepublik Deutschland. Ihnen kommt die Verantwortung zu, sich für die Rückgewinnung der Autorität des Sicherheitsrates offensiv einzusetzen. Vielleicht gelingt es ihnen sogar, der Kriegsmaschinerie des US-Präsidenten Einhalt zu gebieten bzw. im Falle einer "friedlichen" Entwaffnung Husseins eine vielversprechende Nahost-Friedensinitiative in Gang zu bringen. Europa wird nie eine eigene aussen- und friedenspolitische Identität gewinnen, ausser durch konkrete und moralisch weltweit akzeptanzfähige und erfolgsversprechende aussenpolitische Initiativen aus ihrer Mitte heraus. Worauf wartet also die rot-grüne Bundesregierung?

Mohssen Massarrat ist Professor für Politik und Wirtschaft an der Universität Osnabrück, Friedensforscher und Nahostexperte, Verfasser u. a. "Der Kampf ums Öl und der Afghanistankrieg", in: Stein/Windfuhr (Hg.) 2002: Ein Tag im September, Heidelberg.